

Sitzung vom
12. April 2022

Mitgeteilt den
14. April 2022

Protokoll Nr.
313/2022

Fraktionsanfrage Mitte

betreffend Verhinderung von vorzeitigen Alp-Entladungen wegen Wölfen
(Erstunterzeichner Brunold)

Antwort der Regierung

Die exponentiell steigende Zahl an Wölfen bedeutet für die Land- und Alpwirtschaft im Kanton eine grosse Herausforderung. Die davon direkt betroffenen Betriebsleitenden und Alpverantwortlichen haben in den letzten Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um eine Koexistenz zu ermöglichen und ihre Herden vor Angriffen zu schützen. Der Herdenschutz wurde in den betroffenen Gebieten massiv ausgebaut, laufend verbessert und immer konsequenter umgesetzt. Zudem wurde ein Konzept zur Anerkennung und finanziellen Förderung "kantonaler Herdenschutzhunde" eingeführt. Zur Unterstützung des Alppersonals wurden seitens des Plantahofs für die Sömmerungsbetriebe einzelbetriebliche Konzepte erarbeitet. Auch wurden Digitalisierungsprojekte (wie Alptracker) vorangetrieben, die Herdenschutz- und Herdenschutzhundebberatung am Plantahof deutlich ausgebaut und die vorhandenen Ressourcen darauf konzentriert. Weitere Massnahmen wurden schliesslich durch die Land- und Alpwirtschaft umgesetzt, wie die Zusammenlegung von Schafalpen, um grössere Herden zu erreichen und damit den Herdenschutz wirtschaftlicher zu machen. Ausserdem wurden die Herdenführung gestrafft, die Weideplanung optimiert und Versuche mit mobilen Hirtenhütten unternommen, damit die Hirtschaft auf weitläufigen Alpen näher bei der Herde sein kann.

Zu Frage 1: Die direkt betroffenen Landwirtinnen und Landwirte sowie Alpverantwortlichen, aber auch die kantonalen Behörden unternehmen alles Mögliche, um die Alpweiden und das gesamte Kulturland in gewohntem Mass zu bewirtschaften und offenzuhalten und somit vorzeitige Alpentladungen zu verhindern. Eine solche kann ausschliesslich eine Notlösung in alternativlosen Situationen darstellen. Sie darf auf keinen Fall zu einer Herdenschutzmassnahme oder -strategie werden. Die Alpfläche darf nicht den Grossraubtieren überlassen werden. Weil eine über eine längere Zeit nicht mehr bestossene Alp in der Regel aufgegeben wird, setzt die Regierung alles daran, dass die Vorschriften über die Regulierung von Wölfen, auch im Hinblick auf

Entladungen angepasst werden. Nur diese Massnahme kann erfolgversprechend sein.

Zu Frage 2: Ja. Allerdings kann die Wolfsregulierung, als aus Sicht der Regierung einzige wirklich zielführende Massnahme bei dem herrschenden hohen Wolfsdruck, nicht über das landwirtschaftliche Verordnungspaket angegangen werden. Zur Verhinderung der Nichtbestossung von Alpen, wenn zum Vornherein mit finanziellen Einbussen zu rechnen ist, und zur Minderung finanzieller Verluste für Sömmerungsbetriebe unterstützt der Kanton jedoch im Grundsatz den Vorschlag des Bundes, dass bei einer vorzeitigen Alpentladung aufgrund der Wolfspräsenz unter strengen Kriterien die vollen Sömmerungsbeiträge ausbezahlt werden können. Oberstes Ziel bleibt aber, die Alpen voll zu bestossen und die Alpflächen nicht dem Wolf zu überlassen. Sömmerungsbeiträge entschädigen die Sömmerung als gemeinwirtschaftliche Leistung, nicht den Verzicht auf eine Tätigkeit. Deshalb muss diese Regelung eine nur vorübergehende Ausnahme bleiben, bis eine angepasste Regulierung der Grossraubtiere als weiterer Pfeiler des Herdenschutzes eingeführt ist. Weiter fordert der Kanton, dass die ständige Hirschaft finanziell deutlich gestärkt und von den praxisfremden Vorschlägen, welche standortangepasste Massnahmen einschränken, Abstand genommen wird. So sollen Zusatzbeiträge mit einem einzelbetrieblichen Herdenschutzkonzept geltend gemacht werden können. Zudem werden diese Forderungen auch für Ziegenalpen gestellt. Die Regierung ist überzeugt, dass mit diesen Forderungen die Sömmerung und der Herdenschutz gestärkt und vorzeitige Alpentladungen eine Notlösung bleiben werden.

Zu Fragen 3, 4 und 5: Ja. Die Frage, ob die gesamten Kosten, welche die Grossraubtiere verursachen, vom BAFU oder vom BLW getragen werden sollen, darf aber auf keinen Fall die Stärkung des Herdenschutzes mittels höherer Sömmerungsbeiträge verhindern. Das primäre Ziel bleibt die ununterbrochene Bestossung des Sömmerungsgebiets. Dazu braucht es die Regulierung der Grossraubtiere als Element des Herdenschutzes. Weiter wird sich die Regierung dafür einsetzen, dass der bewilligte Nachtragskredit des BAFU im Umfang von 5,7 Millionen Franken für weitere temporäre Not- und Schutzmassnahmen gegen den Wolf sowie für die Abgeltung des Mehraufwands (sei es bei den Herdenschutzmassnahmen, sei es bei Entladungen oder sei es bei Rissvorfällen) verwendet wird.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

**Fraktionsanfrage Mitte betreffend Verhinderung von vorzeitigen Alp-Entladungen wegen Wölfen
(Erstunterzeichner Brunold)**

Im Jahr 2021 musste die Alp Pardenn in Klosters nach Wolfsrissen kurz nach der Ladung wieder entladen werden. Etwa 700 Schafe mussten von der Alp wieder ins Tal geführt werden. Diese besorgniserregende Entwicklung im Prättigau hat den Bund vermutlich dazu bewegt, die Wolfsproblematik aktiver anzugehen. Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) hat am 24. Januar 2022 das landwirtschaftliche Verordnungspaket 2022 in die Vernehmlassung gesendet. In seiner Medienmitteilung umschreibt das WBF die Anliegen wie folgt: «Das Verordnungspaket 2022 sieht Änderungen in verschiedenen Bereichen vor. Aufgrund der zunehmenden Präsenz von Grossraubtieren, insbesondere des Wolfes, sind Massnahmen nötig, um die nachhaltige landwirtschaftliche Bewirtschaftung im Sömmerungsgebiet sicherzustellen. So sieht die Direktzahlungsverordnung neben der Erhöhung der Sömmerungsbeiträge für Schafe, welche in geschützten Weidesystemen gehalten werden, vor, dass die Sömmerungsbeiträge und die Biodiversitätsbeiträge auch dann vollständig ausbezahlt werden, wenn die Präsenz von Grossraubtieren die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter dazu zwingt, die Herden vorzeitig abzualpen.»

Ein zentrales Problem, welches der Bund im landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2022 ausblendet, sind die zusätzlichen Kosten, welche bei vorzeitigen Alp-Entladungen (Abalpungen) wegen Grossraubtieren im Tal entstehen. Wenn die Tiere sich auf dem Heimbetrieb anstatt auf der Alp aufhalten, verbrauchen sie zusätzliches Futter, welches für den Winter vorgesehen wäre, oder es muss Futter hinzugekauft werden. Auch fallen weitere zusätzliche Kosten an, welche nicht anfallen würden, wenn die Tiere nicht wegen den Wölfen von der Alp hätten entladen werden müssen. Wenn der Bund seine Wolfspolitik nicht ändert und Wolfsangriffe und Abalpungen in Kauf nimmt, dann muss er konsequenterweise auch diese Zusatzkosten übernehmen. Zudem müssen diese Kosten vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) und nicht vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) getragen werden.

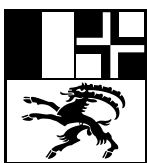
Oberste Priorität muss sein, vorzeitige Abalpungen wegen Wölfen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Finanzielle Entschädigungen sollen gar nicht zur Anwendung kommen müssen. Denn dies kommt einer Kapitulation gegenüber der Wolfsproblematik gleich.

In diesem Zusammenhang wird die Regierung um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen ersucht:

1. Ist die Regierung ebenfalls der Meinung, dass Entladungen von Alpen wegen Wolfsangriffen mit allen möglichen Mitteln verhindert werden müssen?
2. Ist die Regierung bereit, beim Bund darauf hinzuwirken, dass das landwirtschaftliche Verordnungspaket soweit angepasst wird, dass griffige Mittel zur Verfügung stehen, um Alp-Entladungen zu verhindern?
3. Ist die Regierung ebenfalls der Meinung, dass der Bund alle Kosten zu tragen hat, welche durch die Präsenz von Grossraubtieren und insbesondere des Wolfes bei der Landwirtschaft entstehen?
4. Ist die Regierung ebenfalls der Meinung, dass bei einer Abalpung nicht nur die entfallenen Sömmerungs- und Biodiversitätsbeiträge vom Bund zu tragen sind, sondern dass dieser ebenfalls die durch die Abalpung anfallenden zusätzlichen Kosten wie Futterkosten auf dem Heimbetrieb etc. zu tragen hat?
5. Ist die Regierung bereit darauf hinzuwirken, dass die Kosten vom BAFU und nicht vom BLW zu tragen sind?

Chur, 16. Februar 2022

Brunold, Lamprecht, Michael (Donat), Berther, Bettinaglio, Bondolfi, Buchli-Mannhart, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Clalüna, Crameri, Danuser, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Epp, Fasani, Florin-Caluori, Föhn, Geisseler, Hardegger, Hitz-Rusch, Kohler, Kunfermann, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Susch), Niggli-Mathis (Grüsch), Ruckstuhl, Sax, Schmid, Schneider, Tanner, Tomaschett (Breil), Ulber, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Chur), Zanetti (Landquart), Bürgi-Büchel, Collenberg, Gujan-Dönier, Heini



Sesida dals

12 d'avrigl 2022

Communitgà ils

14 d'avrigl 2022

Protocol nr.

313/2022

Dumonda da la fracziun da l'Alleanza dal Center

concernent l'impediment da stgargiadas anticipadas dad alps pervia da lufs
(emprim sutsegnader Brunold)

Resposta da la Regenza

Il dumber da lufs crescha exponenzialmain. Quai è in gronda sfida per l'agricultura e per l'economia d'alp en il chantun. Las puras ed ils purs pertutgads directamain sco er las personas responsablas per las alps han fatg sforzs enorms ils ultims onns per pussibilitar ina coesistenza e per proteger lur muntaneras cunter attatgas. En ils territoris pertutgads è la protecziun da muntaneras vegnida extendida massivamain, meglierada cuntinuadamain e realisada da maniera pli e pli consequenta. Plinavant è vegnì introduci in concept per renconuscher e per promover finanzialmain «chauns chantunals da protecziun da muntaneras». Per sustegnair il persunal d'alp ha il Plantahof elavurà concepts individuals per ils singuls manaschis d'alpegiada. Er projects da digitalisaziun (sco Alptracker) èn vegnids promovids. En pli è la cussegliaziun al Plantahof per la protecziun da muntaneras e per chauns da protecziun vegnida extendida marcantamain e las resursas existentas èn vegnidas concentradas sin quella. Ulteriuras mesiras èn la finala vegnidas realisadas tras l'agricultura e tras l'economia d'alp, sco la reuniun d'alps da nursas cun l'intent da cuntanscher muntaneras pli grondas per uschia augmentar la rentabilitad da la protecziun da muntaneras. Ultra da quai han ins optimà la gestiun da las muntaneras e la planisaziun da las pastgiras e fatg emprovas cun chamonas da pastiglia mobilas, per che la pastiglia possa esser pli datiers da la muntanera sin alps spaziusas.

Tar la dumonda 1: Las puras ed ils purs pertutgads directamain, las personas responsablas per las alps, ma er las autoritads chantunals fan tut il pussaivel per cultivar e per tegnair avert en moda usitada las pastgiras d'alp e l'entir terren cultivà e pia per impedir stgargiadas anticipadas dad alps. Ina stgargiada anticipada d'ina alp dastga esser mo ina soluziun d'urgenza en ina situaziun senza alternativas. En nagin cas na dastga ella daventar ina mesira u ina strategia per proteger muntaneras. La surfatscha d'alp na dastga betg vegnir surlaschada als animals da rapina gronds. Perquai ch'ina alp vegn per regla bandunada per adina, sch'ella na vegn betg pli chargiada durant in temp pli lung, fa la Regenza tut il pussaivel, per che las prescripziuns davart la regulaziun dal luf vegnian adattadas er en vista a las stgargiadas. Mo questa mesira po empermetter success.

Tar la dumonda 2: Gea. Ord vista da la Regenza è la regulaziun dal luf l'unica mesira propi convegnenta en connex cun il grond squitsch ch'exista actualmain pervia dal luf. La regulaziun dal luf na po dentant betg vegnir prendida per mauns sur il pachet da las ordinaziuns agriculas. Per impedir che las alps na vegnian betg pli chargiadas, perquai ch'ins sto quintar gia ordavant cun perditas finanzialas, e per reducir las perditas finanzialas per ils manaschis d'alpegiada, sustegna il chantun dentant da princip la proposta da la Confederaziun. Quella prevesa ch'i pon vegnir pajadas las contribuziuns d'alpegiada cumplainas, sch'ina alp vegn stgargiada anticipadamain pervia da la preschientscha dal luf. I ston dentant esser ademplitis criteris severs. La finamira suprema resta dentant da chargiar cumplainamain las alps e betg da surlaschar las surfatschas d'alp al luf. Las contribuziuns d'alpegiada indemniseschan l'alpegiada sco prestaziun d'utilitad publica, e betg la renunzia ad in'activitad. Perquai sto questa regulaziun restar in'excepciun mo transitorica, fin ch'ina adattaziun da la regulaziun dals animals da rapina gronds è introducida sco ulteriura pitga da la protecziun da muntaneras. Plinavant pretenda il chantun che la pastiglia stabla survegnia claramain dapli daners e ch'ins sa distanzieschia da las propostas malpraticas che restrenschan da prender mesiras adattas al lieu. Uschia duain contribuziuns supplementaras pudair vegnir fatgas valair cun agid d'in concept individual per proteger las muntaneras, che vegn elavurà per mintga singul manaschi. Ultra da quai vegnan questas pretensiuns fatgas er per las alps da chauras. La Regenza è persuadida che l'alpegiada e la protecziun da muntaneras vegnian rinforzadas cun questas pretensiuns e che stgargiadas anticipadas dad alps restian ina soluziun d'urgenza.

Tar las dumondas 3, 4 e 5: Gea. La dumonda, sche tut ils custs chaschunads dals animals da rapina gronds duain vegnir surpigliads dal UFAM u dal UFAG, na dastga dentant en nagin cas impedir da rinforzar la protecziun da muntaneras cun agid da contribuziuns d'alpegiada pli grondas. La finamira primara resta quella da chargiar senza interrupziun il territori d'alpegiada. Per quest intent dovri ina regulaziun dals animals da rapina gronds sco element da la protecziun da muntaneras. Plinavant vegn la Regenza a s'engaschar per ch'il credit posteriur dal UFAM, ch'è vegnì approvà e che importa 5,7 milliuns francs, vegnia duvrà per ulteriuras mesiras temporaras d'urgenza e da protecziun cunter il luf sco er per indemnisar ils custs supplementars (saja quai per mesiras da protecziun da muntaneras, saja quai per stgargiadas u saja quai per animals stgarpads).



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

Dumonda da la fracziun da l'Allianza dal Center concernent l'impediment da stgargiadas anticipadas dad alps pervia da lufs (emprim sutsegnader Brunold)

L'onn 2021 ha l'alp Pardenn a Claustra stui vegnir stgargiada curt suenter la chargiada pervia da stgarpadas da lufs. Var 700 nursas han puspè stui vegnir manadas da l'alp en la val. Quest svilup preoccupant en il Partenz ha probablamain intimà la Confederaziun da prender per mauns en moda pli activa la problematica dal luf. Il Departament federal d'economia, furmaziun e retschertga (DEFR) ha tramess en consultaziun ils 24 da schaner 2022 il pachet d'ordinaziuns agriculas 2022. En sia communicaziun a las medias circumscriba il DEFR las pretensiuns sco suonda: «Il pachet d'ordinaziuns 2022 prevesa midadas en differents secturs. Pervia da la preschientscha creschenta dals animals da rapina gronds, en spezial dal luf, èn necessarias mesiras per garantir la cultivaziun agricula persistente en il territori d'alpegiada. Uschia prevesa l'Ordinaziun davart ils pajaments directs a l'agricultura – ultra da l'augment da las indemnizaziuns d'alpegiada per nursas che vegnan tegnidas en systems da pasculaziun protegids – che las indemnizaziuns d'alpegiada e las contribuziuns da biodiversitad vegnian pajadas er lura dal tuttafatg, sche la preschientscha dals animals da rapina gronds sforza las cultivaturas ed ils cultivaturs da stgargiar anticipadamain las muntaneras.»

In problem central che la Confederaziun zuppenta en il pachet d'ordinaziuns agriculas 2022, èn ils custs supplementars che resultan en la vallada suenter stgargiadas d'alp anticipadas pervia d'animals da rapina gronds. Sch'ils animals sa chattan en il manaschi da chasa empè sin l'alp, dovran els pavel supplementar che fiss previs per l'enviern, u i sto vegnir cumprà vitiers pavel. I resultan er ulteriurs custs supplementars che na resultassan betg, sch'ils animals n'avessan betg stui vegnir stgargiads da l'alp pervia dals lufs. Sche la Confederaziun na mida betg sia politica davart il luf e prenda en cumpria attatgas da lufs e stgargiadas anticipadas, alura sto ella consequentamain er surpigliar quests custs supplementars. Ultra da quai ston quests custs vegnir surpigliads da l'Uffizi federal d'ambient (UFAM) e betg da l'Uffizi federal d'agricultura (UFAG).

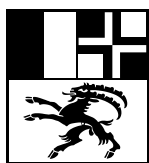
L'emprima prioritad sto esser d'impedir stgargiadas anticipadas pervia da lufs, e quai cun tut ils meds che stattan a disposiziun. Indemnizaziuns finanzialas na duain insumma gnanc stuaier vegnir applitgadas. Questas indemnizaziuns correspundan numnadamain ad ina capitulaziun visavi la problematica dal luf.

En quest connex vegn la Regenza supplitgada da responder las suandantas dumondas:

1. È er la Regenza da l'opiniun che stgargiadas d'alp pervia d'attatgas da lufs stoppian vegnir impedidas cun tut ils pussaivels meds?
2. È la Regenza pronta da s'engaschar tar la Confederaziun per ch'il pachet d'ordinaziuns agriculas vegnia adattà uschenavant, che meds effizients stattan a disposiziun per impedir stgargiadas d'alp?
3. È er la Regenza da l'opiniun che la Confederaziun stoppia surpigliar tut ils custs che resultan tras la preschientscha d'animals da rapina gronds ed en spezial tras il luf en l'agricultura?
4. È er la Regenza da l'opiniun che betg mo las contribuziuns d'alpegiada e da biodiversitad crudadas davent na stoppian vegnir surpigliadas da la Confederaziun tar ina stgargiada d'alp, mabain che quella stoppia medemamain vegnir surpigliada tar custs supplementars che resultan tar la stgargiada anticipada sco custs da pavel en il manaschi da chasa e.u.v.?
5. È la Regenza pronta da s'engaschar per ch'ils custs vegnian surpigliads dal UFAM e betg dal UFAG?

Cuira, ils 16 da favrer 2022

Brunold, Lamprecht, Michael (Donat), Berther, Bettinaglio, Bondolfi, Buchli-Mannhart, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Clalüna, Cramer, Danuser, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Epp, Fasani, Florin-Caluori, Föhn, Geisseler, Hardegger, Hitz-Rusch, Kohler, Kunfermann, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Susch), Niggli-Mathis (Grüsch), Ruckstuhl, Sax, Schmid, Schneider, Tanner, Tomaschett (Breil), Ulber, Widmer (Favugn), Widmer-Spreiter (Cuira), Zanetti (Landquart), Bürgi-Büchel, Collenberg, Gujan-Dönier, Heini



Seduta del
12 aprile 2022

Comunicato il
14 aprile 2022

Protocollo n.
313/2022

Interpellanza di frazione Centro

concernente le misure per impedire lo scarico anticipato degli alpi a causa della presenza del lupo (primo firmatario Brunold)

Risposta del Governo

L'aumento esponenziale del numero di lupi rappresenta una grande sfida per l'agricoltura e l'economia alpestre del Cantone. Negli scorsi anni i gestori delle aziende e i responsabili degli alpi direttamente interessati da questo sviluppo hanno intrapreso enormi sforzi per consentire la coesistenza tra lupi e animali da reddito e per proteggere le loro greggi da attacchi. Nelle zone colpite, la protezione del bestiame è stata potenziata in misura considerevole, è stata costantemente migliorata ed è stata attuata in modo sempre più sistematico. Inoltre è stata introdotta una strategia per il riconoscimento e la promozione finanziaria dei «cani da protezione del bestiame cantonali». Per sostenere il personale degli alpi, il Plantahof ha elaborato delle strategie su misura per le aziende d'estivazione. Sono inoltre stati portati avanti progetti di digitalizzazione (come Alptracker), il servizio di consulenza presso il Plantahof relativo alla protezione del bestiame e ai cani da protezione del bestiame è stato sensibilmente potenziato e le risorse disponibili sono state concentrate su questi aspetti. L'agricoltura e l'economia alpestre hanno infine attuato ulteriori misure, ad esempio unendo gli alpi per ovini per ottenere greggi più grandi e rendere più economica la protezione. La gestione delle greggi è inoltre stata resa più efficiente, il piano di pascolo è stato ottimizzato e sono stati intrapresi tentativi con rifugi mobili per i pastori in modo da permettere loro di essere più vicini al gregge sparso su alpi più estesi.

In merito alla domanda 1: gli agricoltori e i responsabili degli alpi direttamente interessati, ma anche le autorità cantonali fanno tutto il possibile per garantire che i pascoli alpestri e l'intero terreno agricolo possano essere gestiti nella misura consueta ed essere caricati e per evitare quindi lo scarico anticipato degli alpi. Lo scarico anticipato di un alpe può essere soltanto una «soluzione d'emergenza» in situazioni in cui non vi sono alternative. Esso non può in alcun caso diventare una misura della protezione del bestiame o parte di una relativa strategia. La superficie d'alpeggio non può essere lasciata ai grandi predatori. Siccome di solito un alpe che non è più stato caricato per un periodo prolungato viene abbandonato, il Governo fa tutto il possibile affinché le prescrizioni relative alla regolazione dei lupi vengano adeguate anche per

quanto riguarda lo scarico. Soltanto questa misura permette di ottenere risultati promettenti.

In merito alla domanda 2: sì. Tuttavia, la regolazione dei lupi, che per il Governo rappresenta l'unica misura veramente efficace vista l'attuale elevata pressione esercitata dal lupo, non può essere affrontata tramite il pacchetto di ordinanze agricole. Tuttavia, al fine di evitare che un alpe non venga caricato a seguito delle perdite finanziarie attese a priori e di ridurre le perdite finanziarie per le aziende d'estivazione, il Cantone sostiene in linea di principio la proposta della Confederazione secondo la quale, in caso di scarico anticipato a seguito della presenza di lupi e tenendo conto di criteri severi, possono essere versati gli interi contributi d'estivazione. L'obiettivo principale rimane però quello di caricare gli alpi e di non lasciare ai lupi le superfici d'alpeggio. Con i contributi d'estivazione viene indennizzata l'estivazione quale prestazione economicamente di interesse generale e non la rinuncia a un'attività. Per questo motivo, questa regolamentazione deve rimanere un'eccezione temporanea fino a quando sarà stata introdotta una regolazione adeguata dei grandi predatori quale ulteriore pilastro della protezione del bestiame. Il Cantone richiede inoltre che la sorveglianza permanente venga sensibilmente rafforzata sotto il profilo finanziario e che si distanzi dalle proposte estranee alla prassi che limitano le misure adeguate alle condizioni locali. Ad esempio dovrebbe essere possibile far valere contributi supplementari per mezzo di una strategia per la protezione del bestiame fatta su misura delle singole aziende. Lo stesso viene richiesto anche per gli alpi caricati con capre. Il Governo è convinto che con queste richieste l'estivazione e la protezione del bestiame verranno rafforzate e che lo scarico anticipato degli alpi rimarrà una soluzione d'emergenza.

In merito alle domande 3, 4 e 5: sì. La domanda se tutti i costi causati dai grandi predatori debbano essere assunti dall'UFAM o dall'UFAG non dovrà in nessun caso evitare il rafforzamento della protezione del bestiame mediante contributi d'estivazione più elevati. Il carico ininterrotto della zona di estivazione rimane l'obiettivo principale. A tale scopo è necessaria la regolazione dei grandi predatori quale elemento della protezione del bestiame. Inoltre il Governo si impegnerà affinché il credito suppletivo stanziato dall'UFAM pari a 5,7 milioni di franchi venga utilizzato per ulteriori misure d'emergenza e di protezione temporanee contro il lupo nonché per l'indennizzo dell'onere supplementare (sia di quello insorto nel quadro delle misure di protezione del bestiame, sia in caso di scarico o predazioni).



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Interpellanza di frazione Centro concernente le misure per impedire lo scarico anticipato degli alpi a causa della presenza del lupo (primo firmatario Brunold)

Nel 2021, a seguito di predazioni da parte di lupi l'alpe Pardenn a Klosters ha dovuto essere scaricato poco dopo il carico. Circa 700 pecore hanno dovuto essere riportate a valle. Questa preoccupante evoluzione della situazione che si manifesta in Prettigovia ha probabilmente indotto la Confederazione ad affrontare in modo più attivo la problematica legata alla presenza del lupo. Il 24 gennaio 2022 il Dipartimento federale dell'economia, della formazione e della ricerca (DEFR) ha posto in consultazione il pacchetto di ordinanze agricole 2022. Nel suo comunicato il DEFR descrive come segue le misure previste: «Il pacchetto di ordinanze 2022 prevede modifiche in svariati settori. A fronte della crescente presenza di grandi predatori, segnatamente del lupo, sono necessarie misure per garantire la gestione agricola sostenibile nella regione d'estivazione. Oltre all'aumento dei contributi d'estivazione a favore degli ovini detenuti in sistemi di pascolo protetti, l'ordinanza sui pagamenti diretti prevede il versamento dell'importo totale dei contributi d'estivazione e per la biodiversità anche in caso di scarico anticipato dell'alpe a causa della presenza di grandi predatori.»

Un problema centrale, non contemplato dalla Confederazione nel pacchetto di ordinanze agricole 2022, è costituito dai costi supplementari che risultano a valle in caso di scarico anticipato di un'alpe a causa della presenza di grandi predatori. Se gli animali vengono lasciati nell'azienda di valle anziché caricati sull'alpe viene consumato più foraggio, il quale sarebbe previsto per l'inverno, oppure occorre comprare foraggio supplementare. Risultano anche altri costi supplementari che non risulterebbero se non fosse stato necessario scaricare gli animali dall'alpe a causa della presenza del lupo. Se la Confederazione non cambia la sua politica in materia di lupi e non si assume il rischio di attacchi da parte di lupi e scarichi di alpi, allora, per coerenza, deve anche assumersi questi costi supplementari. Tali costi devono inoltre essere assunti dall'Ufficio federale dell'ambiente (UFAM) e non dall'Ufficio federale dell'agricoltura (UFAG).

La priorità assoluta deve essere quella di evitare con tutti i mezzi a disposizione scarichi anticipati di alpi a causa della presenza del lupo. L'obiettivo deve essere quello di non dover versare indennizzi finanziari. Perché questo rappresenterebbe una capitolazione nei confronti della problematica legata alla presenza del lupo.

In questo contesto il Governo viene invitato a rispondere alle seguenti domande:

1. Il Governo condivide l'opinione secondo cui gli scarichi di alpi a causa di attacchi da parte di lupi dovrebbero essere evitati con tutti i mezzi a disposizione?
2. Il Governo è disposto a intervenire presso la Confederazione affinché quest'ultima adegui il pacchetto di ordinanze agricole in modo tale che si disponga di mezzi efficaci per evitare scarichi di alpi?
3. Il Governo condivide l'opinione secondo cui la Confederazione dovrebbe assumersi tutti i costi risultanti per l'agricoltura a seguito della presenza di grandi predatori e in particolare del lupo?
4. Il Governo condivide l'opinione secondo cui in caso di scarico di un'alpe la Confederazione dovrebbe assumersi non soltanto i contributi d'estivazione e per la biodiversità venuti meno, ma anche i costi supplementari come i costi per il foraggio ecc. risultanti per l'azienda a valle a seguito dello scarico dell'alpe?
5. Il Governo è disposto a fare in modo che i costi debbano essere assunti dall'UFAM e non dall'UFAG?

Coira, 16 febbraio 2022

Brunold, Lamprecht, Michael (Donat), Berther, Bettinaglio, Bondolfi, Buchli-Mannhart, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Clalüna, Cramer, Danuser, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Epp, Fasani, Florin-Caluori, Föhn, Geisseler, Hardegger, Hitz-Rusch, Kohler, Kunfermann, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Susch), Niggli-Mathis (Grüsch), Ruckstuhl, Sax, Schmid, Schneider, Tanner, Tomaschett (Breil), Ulber, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Coira), Zanetti (Landquart), Bürgi-Büchel, Collenberg, Gujan-Dönier, Heini